

# Pulsnitzer Tageblatt

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Verlagspreis 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146



**Ersteht an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Zeilenbreite (Masse's Zeilenmesser 14) RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0,20. Amtliche Zeile RM 0,75 und RM 0,60. Reklame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50%. Aufschlag. — Bei zwangswiesiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konturfällen gelandt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großpörsdorf, Brettnitz, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Feibersdorf, Zhiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Fab. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 8

Dienstag, den 10. Januar 1928

80. Jahrgang

### Amtlicher Teil.

### Bekanntmachung.

#### Küsterstelle an der Kirche zu Pulsnitz betr.

Die durch den Tod des neuverdienenden Küsters Theodor Vogel erledigte Stelle des Küsters an der Kirche zu Pulsnitz soll am **16. April 1928** wieder besetzt werden.

den. Ueber die mit der Stelle verbundenen Obliegenheiten gibt das Pfarramt Auskunft. Bewerber um die Stelle wollen ihre Gesuche bis zum **31. Januar** dem Kirchenvorstand einreichen.

Pulsnitz, am 10. Januar 1928.

Die Kirchengemeindevertretung. Pfarrer Schulze, Vors.

### Das Wichtigste

Der Zentrumsvorsitzende Guérard gab auf der pfälzischen Zentrumsversammlung eine Erklärung über die Politik des Zentrums ab. Bei der Untersuchung des Explosionsunglücks in Dahlen wurden große Mengen von Explosivstoffen beschlagnahmt. Am Montag begann die Verfassungsverhandlung im Trestow-Prozess. 30 000 Arbeiter aus dem sächsischen Kohlenrevier haben beschlossene Lohnverträge, die seit Oktober 1923 in Geltung sind, zu kündigen und gleichzeitig eine 20 prozentige Lohnerhöhung zu fordern. Die Kündigung tritt am 5. Februar in Wirksamkeit. Wie sächsische Blätter melden, ist General Gajda in Böhmisches Trübau von mährischen Faschisten verprügelt worden, als er dort an einer Faschistenversammlung teilnehmen wollte. Es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen Anhängern Gajdas und etwa 70 mährischen Faschisten. Im ungarischen Wohlfahrtsministerium wird ein Gesetzentwurf über den Schutz des Familienlebens vorbereitet, in dem auch eine Jungengesellensteuer vorgesehen ist. Der estländische Gewerkschaftskongress beschloß mit großer Mehrheit den Beitritt zur Zweiten Internationale. Der Abgeordnete Gumpel, der für die Dritte Internationale Stimmung machte, wurde ausgepfiffen und mußte unter Polizeischutz den Saal verlassen. Lloyd George ist gestern von Rio de Janeiro nach Sao Paulo abgereist. Auf dem Bahnhofs hatten sich zum Abschied Vertreter des Präsidenten und der Regierung eingefunden. Zu Rantshang soll kurz nach dem Abbruch des Waffenstillstandes zwischen der Zentralregierung und den Truppen der Schanxi-Provinz ein kommunistischer Aufstand ausgebrochen sein. Die in Rantshang stationierten Schanxitruppen seien zu den kommunistischen übergegangen.

### Deutschlands Schulden im Ausland.

Angeichts der bevorstehenden Statberatungen wird ein Ueberblick über die Schulden, die wir im Ausland haben, von größtem Interesse sein. Den folgenden Ausführungen liegt das amtliche statistische Zahlenmaterial zugrunde. Im früheren Deutschen Reich sind — ungeachtet der schnellen Aufwärtsentwicklung zur Weltmacht — verhältnismäßig wenig Auslandsgelder in Anspruch genommen worden. Die Expansion des deutschen Kapitals (in vielfacher Gestalt) in die Welt war größer als der Zufluß fremden Kapitals nach Deutschland — wodurch übrigens auch unsere Position zu Beginn des Weltkrieges nicht günstig beeinflusst war. Unsere durch Krieg, Versailles und Inflation zerstörte und ausgeraubte Volkswirtschaft war nun bei Wiedereinführung einer festeren Festwährung im Jahre 1923 nicht annähernd in der Lage, aus eigenen Mitteln wieder hochzukommen. Nicht nur sämtliche Wirtschaftszweige (Handel, Gewerbe und Landwirtschaft), sondern auch unsere öffentlichen Körperschaften waren zu ihrem Wiederaufbau auf die Inanspruchnahme fremder Mittel angewiesen. Bis Ende 1927 erreichte unsere Anleiheverschuldung die Höhe von 4251 Millionen Mark, ungerundet die nicht erfahrbaren ausländischen Kapitalanlagen in Deutschland (z. B. durch Aktien- und Grundstückewerb). Hierzu kommen noch die — zum Teil freilich kurzfristigen — Waren-, Bank- und Betriebskredite, deren Höhe auf weitere 4,6 bis 5,1 Milliarden Mark geschätzt wird. Unsere Gesamtverschuldung beträgt somit — wohl gemerkt ohne die Dawesanleihe von nominal 960 Mill. M. — 8,8 bis 9,3 Milliarden M. Freilich sind von diesem Betrage die entsprechend geschätzten deutschen Forderungen aus Ausland in Höhe von 2,7 bis 3,2 Milliarden Mark abzusehen, so daß sich eine wirkliche Schuldenlast von 5,6 bis 6,6 Milliarden Mark ergibt. Fast drei Viertel der Summe stammt aus den Vereinigten Staaten von Amerika, es folgen die Niederlande mit 554 Millionen, dann England mit 415 Millionen und schließlich die Schweiz und Schweden mit zusammen rund 300 Millionen. Mehr als die Hälfte der 4,2 Milliarden Anleihen (2392 Millionen) sind von der privaten Wirtschaft aufgenommen, darunter 1646 Mill. allein von der Industrie und davon wieder fast die Hälfte vom Kohlen- und Erzbergbau nebst Schmelzeisen- und Metallindustrie. Es folgen die Stahl- und die elektrotechnische Industrie mit je 250 Mill. Mark. An zweiter Stelle steht von den großen Wirtschaftszweigen als Kreditnehmer die Landwirtschaft mit 470 Mill. Mark. In

### Die „Besatzungsverminderung“ in der Pfalz

64 000 Mann Besatzungstruppen statt der zugesagten 60 000  
30 Oppositionsführer aus Moskau ausgewiesen

München. Die Pfälzer Presse weist neuerdings darauf hin, daß im besetzten Gebiet heute 64 000 Mann ständen statt der versprochenen 60 000 Mann. Die Erklärung amtlicher französischer Stellen, daß dieses Mehr durch die Umgruppierung notwendig sei, wird ebenso als Ausrede bezeichnet wie die technische Schwierigkeit, die man für das Verbleiben des Pfliegerregiments in Neustadt geltend macht. Zu den letzten Ueberfällen farbiger Truppen auf deutsche Frauen wird erklärt, daß die Zahl der Kolonialtruppen im besetzten Gebiet sich immer noch auf annähernd 1000 Mann belaufe. So befände sich in Landau in der Pfalz eine geschlossene Formation von 300 Mann, in Kaiserlautern 50 Mann.

### Vorzeitige Rheinlandräumung nicht „ohne gewisse Garantien“

so sagt der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes. Paris. Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, hielt gelegentlich der Einweihung einer Scherschule in Bordeaux eine Rede, in der er die Bedeutung des Völkerbundes für die Verwirklichung des Friedens hervorhob und als Hauptaufgabe der Sozialisten aller Länder und insbesondere der gegenwärtigen Generation die Organisierung des Friedens betonte. Auf die Befragung des Rheinlandes zu sprechen kommend, hielt Thomas jedoch die französische Auffassung aufrecht, daß eine Räumung vor 1935 ohne „gewisse Garantien“ undurchführbar, ja sogar zum Schaden aller bisherigen Ergebnisse der deutsch-französischen Annäherung zu beurteilen wäre. In der Frage der Reparationen bemerkte Thomas, daß die deutsche Schuld juristisch wohl 132 Milliarden betrage, doch gebe es keinen Sachverständigen in dieser Frage, der die Bezahlung einer derartigen Summe für möglich halte. Pariser Gilbert hätte in seinem Bericht selbst angegeben, daß die Neuregelung der Reparationszahlungen nur im Zusammenhang mit der Lösung des internationalen Schuldenproblems möglich sei.

### Pariser Pressekrieg um die Rheinlandräumung. In einem Punkt einig: Bedingungslose Räumung niemals! Paris. Das Problem der Rheinlandbesetzung findet in der

ausgereicht hohem Maße sind die öffentlichen Unternehmen, vor allem die Gas- und Elektrizitätswerke, mit 671 Mill. Schuldner geworden, und schließlich stehen die Gemeinden mit 548 Millionen und die Länder mit 529 Mill. Mark in der Klemme. Auch der städtische Grundbesitz (128 Mill.), die Schiffahrt (111 Mill.) und die kirchlichen Körperschaften (94 Mill.) sind noch sehr wesentliche Schuldner. Die Kreditbedingungen waren anfangs äußerst drückend, sie haben sich aber seit 1925 stetig gebessert. Die Nominalverzinsung ist von 8 v. H. auf — allerdings nur zum Teil — 5 v. H. hinuntergegangen, im Durchschnitt auf 6,87 auf 6,06 v. H.; der Emissionskurs ist von 93,75 auf 96,43 gestiegen und die Auszahlung von 87,42 auf 92,71. Die durchschnittliche Effektivverzinsung betrug für uns seit Januar 1927 jedoch immer noch 6,54 v. H. — Im ganzen haben wir auf die 4,2 Milliarden jährlich 280 Millionen Zinsen zu zahlen und für die oben erwähnten Waren-, Bank- und Betriebskredite — nach Abzug der Gegenzinsen — etwa 120 Mill., so daß jährlich 400 Millionen zu Deutschlands Ungunsten stehen — wohl gemerkt wieder ohne die Lasten aus der Dawesanleihe. Wie weit dieser Schuldendienst für die deutsche Volkswirtschaft ohne Schädigung tragbar ist, werden die nächsten Jahre lehren. Dr. E. St.

französischen Presse angeichts der bevorstehenden Wahlen in Frankreich eine schärfere Beachtung. Das rechtsradikale Blatt „Avenir“ und der sozialistische „Soir“ liefern sich eine erbitterte Polemik, die insofern interessant ist, als die beiden Blätter diametral entgegengesetzte und einseitig orientierte Anschauungen vertreten. Der „Avenir“ will von einer Rheinlandräumung nichts wissen, während der „Soir“, ein Alleingänger, eine bedingungslose Räumung fordert. Diese Kampagne wird jetzt aber auch in Blättern anderer und gemäßigter Richtung aufgegriffen. Die Auffassung der gemäßigten radikalen sozialistischen Kreise wird von der „Bolonté“ präzisiert, die zwischen den beiden Extremen die sogenannte goldene Mittelstraße wählt: „Im Rheinland bleiben? Nein! Das gibt uns nur eine künstliche Sicherheit, und das verhindert die französisch-deutsche Annäherung, die das sicherste Unterpfand für den Frieden ist. Das Rheinland freiwillig räumen? Nein! Das hieße allzu sehr auf das Anwachsen eines programmatischen pazifistischen Geistes jenseit des Rheines bauen.“ Die „Bolonté“ kommt zu dem Schluß, daß die Rheinlandbesetzung gegen andere Garantien ausgehandelt werden müsse, die von einer längeren Dauer seien als die Rheinlandbesetzung.

### 30 Oppositionsführer aus Moskau ausgewiesen

Kowno, 10. Januar. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die G. P. U. 30 Oppositionsführer ausgewiesen und in noch nicht bekannt gegebene Provinzstädte geschickt. Zu den Ausgewiesenen gehören Trost, Kalowski, Kamenow, Sinowjew und Nadel. In den Verbannungsorten sollen die Ausgewiesenen durch praktische Parteiarbeit wieder den Weg in das Parteiganze zurückfinden. In Moskau selbst hat die scharfe Maßnahme der G. P. U. in Sowjetkreisen wie in ausländischen Kreisen große Erregung hervorgerufen, jedoch ist man davon überzeugt, daß die Maßnahme der G. P. U. nur darauf zurückzuführen ist, daß die Oppositionsführer die nach dem Parteikongress gegebenen Versprechungen nicht eingehalten haben. Mit der Verbannung will die G. P. U. der Oppositionsbewegung endgültig die Spitze brechen.

### Beritliche und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Die Singübung) im Volkshilfsverein beginnt morgen abend. Neue Teilnehmer können jetzt eintreten. — (Dienstzeugnis über Beschäftigung in der Landwirtschaft.) Die Pressestelle der Landwirtschaftskammer macht darauf aufmerksam, daß in den amtlich beglaubigten Zeugnissen, die u. a. auch als Unterlage für die Zulassung von Prüfungen dienen, nähere Angaben über Art und Größe des Betriebes enthalten sein müssen, in dem der Arbeitnehmer beschäftigt war. Es liegt im Interesse des Arbeitnehmers selbst, wenn auch die Wichtigkeit der Unterschrift sowie die Dauer der Diensttätigkeit amtlich beglaubigt wird. — (Hoher Wertstand der sächsischen Wolle.) Wie die Pressestelle der Landwirtschaftskammer mitteilt, konnten auf der letzten Wollversteigerung in Berlin, die mit etwa 7000 Zentner Wolle beschickt war, von den sächsischen Wollen ziemlich hohe Preise erzielt werden, so Gödelitz 164, Ebersbach 164, Olbernhau 165 RM. Diese Preise sind besonders gut, da es sich hierbei um vollschürige A- und A/B-Wollen handelt. Der Gesamtdurchschnitt der aus sächsischen